

Montag, den 10. Dezember 2018

Haushaltsdebatte - Diskussionsrunde zu den im Ausschuss II behandelten Bereichen

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament

am 24. September – also vor zweieinhalb Monaten – haben wir an dieser Stelle über die eine Woche zuvor von Ministerpräsident Paasch vorgestellte Regierungserklärung debattiert.

Dabei fielen die Stellungnahmen der verschiedenen Fraktionen, wie war es auch anders zu erwarten, ganz unterschiedlich aus.

Wenn wir in dieser Woche an drei Tagen über den Haushalt diskutieren, wird sich an dieser Rollenverteilung nichts ändern. Und auch das Abstimmungsergebnis steht schon heute fest, denn die Mehrheitsparteien werden dem Haushalt zustimmen, die Oppositionsparteien werden dagegen sein.

Also könnten wir eigentlich sofort zur Abstimmung übergehen.

Das tun wir natürlich aus gutem Grund nicht. Denn eine Haushaltsdebatte, unabhängig davon, dass das Abstimmungsergebnis schon bekannt ist, bietet sowohl der Mehrheit als auch der Opposition die einmalige Gelegenheit, die jeweilige politische Vision vorzustellen und gleichzeitig darzulegen, dass diese Vision auch finanzierbar ist.

Eine Haushaltsdebatte ist also *per se* die wichtigste Debatte im parlamentarischen Jahr, weil über unterschiedliche politische Visionen gestritten wird.

Dies kann natürlich nur gelingen, wenn jeder mit offenen Karten spielt. Die Regierung kann gar nicht anders, denn sie hat ja schließlich den Haushalt hinterlegt. Dieser wurde vom Rechnungshof mit Argusaugen geprüft und jeder Parlamentarier hatte in den vergangenen Wochen die Gelegenheit in vielen Ausschusssitzungen die von der Regierung hinterlegten Haushaltszahlen kritisch zu hinterfragen.

Damit aber im Sinne einer politischen Streitkultur eine echte Debatte über Inhalte stattfinden kann, muss auch die Opposition Farbe bekennen. Sie sollte sich nicht mit Pauschalkritik begnügen, sondern darlegen, welche inhaltlichen Alternativen sie zu bieten hat und wie sie diese zu finanzieren gedenkt.

Dabei gelten für die Mehrheit wie für die Opposition dieselben Parameter. Haushaltsmittel sind immer begrenzt. 1 Euro ist immer nur 1 Euro und kann nur einmal ausgegeben werden.

Die heutige Haushaltsdebatte ist also nichts anderes als die in Haushaltszahlen gegossene Regierungserklärung.

Ich sagte im September in meiner Stellungnahme zur Regierungserklärung, dass diese eine klare, überprüfbare, nachhaltige, visionäre politische Perspektive für die Menschen in unserer Gemeinschaft aufzeigt.

Und diese strategischen Ziele sind langfristig finanzierbar, ohne dass die Regierung von dem selbstgesetzten Ziel des ausgeglichenen Haushalts abweichen muss.

Auch das Gehabe der Opposition, die den ausgeglichenen Haushalt gerne als „politische Bagatelle“ oder als das Resultat eines Griffs in die finanztechnische Trickkiste darstellen möchte, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese „schwarze Null“ das Ergebnis einer langfristigen und umsichtigen Finanzpolitik war und ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, sie müssen das nicht akzeptieren, weil ich das sage. Doch es gibt, wie eben schon gesagt, die neutrale Instanz des Rechnungshofs. Und dessen Einschätzung und dessen Testat bezüglich des Haushalts sind mir wichtiger als das Gezeter der Opposition.

Diese Präambel zu meiner Stellungnahme möchte ich mit der schon oft gemachten Feststellung beenden, dass diese politische Vision auf dem seit 2008 entwickelten Regionalen Entwicklungskonzept aufbaut. Dieses REK habe ich schon wiederholt mit einem politischen Navigationssystem oder mit einem Masterplan verglichen.

Das REK ist kein politisches Dogma; es kann Verzögerungen bei der Umsetzung einzelner Projekte geben, Anpassungen und Justierungen können erforderlich sein und wie bei einem Navigationssystem muss die Route manchmal neu berechnet werden.

Aber dank des REK wird man das langfristige Ziel nicht aus den Augen verlieren. Und gerade in politisch turbulenten Zeiten gilt es, klare Orientierungspunkte zu haben.

Deshalb gibt es die regelmäßig veröffentlichten Fortschrittsberichte, aus denen für jeden ersichtlich ist, wie die Arbeit in den einzelnen Projekten voranschreitet.

Ich frage Sie, kann Politikgestaltung transparenter sein?

Dies erklärt auch, warum der im Sommer 2018 durchgeführten repräsentativen FORSA-Umfrage zufolge immerhin 75% der Befragten mit der Politik der Deutschsprachigen Gemeinschaft zufrieden sind. Dies ist ein Wert, der um 11% höher liegt als noch im Jahre 2011.

Doch nun zum OB 40, der eine ganze Reihe politischer Zuständigkeiten umfasst. Dies sind neben der Beschäftigung, der Wirtschaftsförderung und den lokalen Behörden u.a. auch die Kultur, das Bibliothekswesen, die Medien, die Jugendpolitik, der Sport und der Tourismus.

Diese große Disparität darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass alle diese Bereiche einen großen Beitrag zur Lebensqualität der Menschen in Ostbelgien leisten.

Diese Faktoren tragen zudem wesentlich zur Sicherung und zur Zukunftsfähigkeit des Standortes Ostbelgien bei. Ministerpräsident Paasch sagte in seiner Regierungserklärung vom 17. September, dass es gelte, den Standort in all seinen Facetten zu festigen und zukunftsfähig zu machen.

Das ist nicht nur in Ostbelgien so. Vor einem Monat hörte ich in St.Vith den Vortrag von Dr. Hans-Günther Clev, der Mitarbeiter der Vereinigung ZukunftsRegion Westpfalz ist.

Der Referent behandelte in seinem Vortrag das Thema des Fachkräftemangels, der auch in der Westpfalz eine große politische Herausforderung ist.

Er erklärte, dass die Fachkräfte-Sicherung im ländlichen Raum nur gelingen kann, wenn man zusätzlich zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen das Augenmerk auch auf die Lebensqualität, die Work-Life-Balance, die kreativen Freiräume, die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft, die Stärkung des thematischen Tourismus, die Imagepflege und auf die Sichtbarmachung des Vorhandenen richtet. Menschen können über gute Schulen, über eine bunte Kultur und ein attraktives

Freizeitangebot an eine Region gebunden werden.

Wenn es auch Unterschiede zu dieser Region gibt, so bestehen doch auch viele Parallelen zu Ostbelgien, wo es vergleichbare Herausforderungen gibt.

Dies sehen übrigens auch die Arbeitgebervertreter und die Arbeitnehmervertreter so, die vor ziemlich genau zwei Jahren in zwei Sitzungen im Ausschuss II die Herausforderungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Ostbelgien darstellten.

Ich möchte deren Aussagen kurz wiederholen.

Um Wachstum und Beschäftigung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu sichern, um die Abwanderung gut ausgebildeter Fachkräfte zu verhindern oder um die Zuwanderung gut ausgebildeter Fachkräfte zu fördern, bedarf es, so die Arbeitgebervertreter „einer positiven Darstellung und Vermarktung des Standortes DG. [...] Dabei muss die Attraktivität des Standortes DG weiter erhöht werden: Ausbildung, Mehrsprachigkeit, die hervorragende geographische Lage innerhalb des EU-Kerngebietes verbunden mit hoher Lebens- und Wohnqualität, das kulturelle Angebot..., all das sind Bereiche, an denen die DG gezielt arbeiten kann mit dem Ziel, Führungs- und Arbeitskräfte zu finden und an die Region zu binden. [...]

Und auch die Arbeitnehmervertreter waren der Meinung, dass das Lohnniveau nicht der einzig entscheidende Faktor bei der Stellensuche sei. Ein gut funktionierender Öffentlicher Personennahverkehr, ein qualitätsvolles Schulangebot, ein vielseitiges Kulturangebot, eine hohe Lebensqualität... sind, so die Arbeitnehmervertreter wichtige Kriterien bei der Arbeitsplatzsuche.

Dass der Regierung unserer Gemeinschaft diese Faktoren zur Standortsicherung wichtig sind, belegen die bedeutenden Investitionen in diesen Bereichen in der laufenden Legislaturperiode.

In den Bereichen Denkmalschutz und Kulturerbe und in der Tourismuspolitik wurden wichtige Initiativen ergriffen und die Finanzmittel deutlich erhöht.

Im Schuljahr 2017-2018 wurden allein in das Projekt „Kultur macht Schule“ 130.000 Euro investiert.

Seit Inkrafttreten des Kulturförderdekrets im Jahr 2014 wurden die Mittel im Kulturhaushalt deutlich gesteigert. Und wenn wir morgen an dieser Stelle über das Programmdekret 2018 (II) diskutieren, werden wir feststellen, dass mit den angestrebten Reformen im Kulturbereich eine weitere substantielle Erhöhung der Finanzmittel verbunden ist.

Im Bereich der Jugendförderung wurden die Mittel seit 2014 um fast 13 % erhöht. Der Sporthaushalt wurde in dieser Zeitspanne um 72% und der Medienhaushalt um 18% erhöht.

All diese Maßnahmen verfolgen das Ziel, die Standortattraktivität weiter zu steigern und die Lebensbedingungen der Menschen in allen Bereichen zu verbessern

Aus aktuellem Anlass werde ich in meinen Ausführungen die Jugendpolitik in unserer Gemeinschaft etwas genauer unter die Lupe nehmen, denn eine aktive und dynamische Jugendpolitik kann auch dazu beitragen, dass der Standort der Deutschsprachigen Gemeinschaft für junge Menschen attraktiv bleibt und Jugendliche in Ostbelgien verbleiben.

Den hohen Stellenwert, den die Jugendpolitik im Regierungshandeln einnimmt, belegt die Tatsache, dass im REK II die Jugend als eines von drei Querschnittsprojekten definiert wird und in allen fünf Teilbereichen je ein spezifisches Jugendprojekt vorgesehen ist.

Dreh- und Angelpunkt der Jugendpolitik ist der Jugendstrategieplan.

In Artikel 4 des Jugendförderdekrets aus dem Jahre 2011 wird festgehalten, dass die Regierung für jede Legislaturperiode einen fachübergreifenden Strategieplan verabschiedet. Dieser Strategieplan erfasst die Lebensräume junger Menschen auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft und legt nähere Ziele und Aufgaben fest, die dazu beitragen, die Situation junger Menschen zu verbessern.

Dieser Strategieplan wird von der Regierung in Zusammenarbeit mit den geförderten Jugendeinrichtungen und dem Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellt.

Am 23. November 2015 wurde das Dekret vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit um einen wesentlichen Aspekt erweitert.

Da sich zeigte, dass es bislang weder eine allgemeine empirische Studie zur Lebenssituation der Jugendlichen in unserer Gemeinschaft gab noch verlässliches Datenmaterial zur Verfügung stand, wurde beschlossen, dass in regelmäßigen Zeitintervallen ein Jugendbericht erstellt werden soll.

Wörtlich heißt es im Abänderungsdekret von 2015: „Zur Vorbereitung auf den Strategieplan der folgenden Legislaturperiode veröffentlicht die Regierung im Oktober des Jahres, das der Wahl zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorausgeht, einen Jugendbericht zur Lebenssituation der Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Als Grundlage für diesen Jugendbericht dient eine entsprechende Studie, die von einem wissenschaftlichen Institut durchgeführt wird. Die Regierung beteiligt die geförderten Jugendeinrichtungen und den Jugendrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft an der Erstellung des Jugendberichts.“

Am 29. November 2018 – also vor 12 Tagen – fand eine Premiere in der DG statt: der erste Jugendbericht wurde der Öffentlichkeit vorgestellt.

Es würde den Rahmen dieser Haushaltsberatungen sprengen, alle Empfehlungen des Jugendberichts aufzugreifen; dies soll zu einem späteren Zeitpunkt geschehen.

In den folgenden Ausführungen möchte ich einige Feststellungen aus diesem Jugendbericht etwas näher beleuchten.

Einige Aussagen des Jugendberichts werde ich mit Resultaten der **FORSA-Umfrage 2018**, mit Erkenntnissen der im Juni 2018 veröffentlichten WSR-Studie „**Attraktive Arbeitsplätze – Dein Traumjob in Ostbelgien**“ und mit Schlussfolgerungen aus der vor wenigen Tagen vorgestellten „**Analyse des Fachkräftebestands, Fachkräftebedarfs und Fachkräftepotenzials in Ostbelgien**“ abgleichen.

Der unter der Leitung von Dr. Nadja Doerflinger und Dr. Heidi Knipprath vom Institut für Arbeit und Gesellschaft der Universität Leuven erstellte Bericht trägt den Titel „Jugendliche und junge Erwachsene in Ostbelgien. Perspektiven und Herausforderungen“. Unterstützt wurden die Forscherinnen durch Experten aus unserer Gemeinschaft.

Vereinfacht könnte man auch sagen, dass dieser Bericht eine Antwort auf die Frage gibt: Wie ticken ostbelgische Jugendliche und junge Erwachsene?

In der Studie werden die Lebenswelten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 15 und 30 Jahren unter die Lupe genommen.

Es wurde nicht nur umfangreiches statistisches Material ausgewertet, sondern in den Monaten Februar und März 2018 wurden auch 10 Fokusgruppendifkussionen mit jeweils 6 bis 11 Teilnehmern durchgeföhrt.

An mehreren Stellen des Berichts wird die Haltung der Jugendlichen zur dualen Ausbildung unter die Lupe genommen. Von der Bedeutung der technisch-beruflichen Ausbildung in den Schulen und der dualen Ausbildung in den beiden ZAWM für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Ostbelgien muss in diesem Hause keiner mehr überzeugt werden.

Rufen wir uns zunächst einige Zahlen in Erinnerung. Bis zum 1. Oktober 2018 wurden 243 neue Lehr-, Volontariats- und Anlehreverträge geschlossen. Dies entspricht einer leichten Steigerung im Vergleich zum Vorjahr, als es 229 Lehrverträge gab. Aber in den Jahren davor lag die Zahl der neuen Lehrverträge signifikant höher: 2016 waren es 262, im Jahr 2015 299 und am 1. Oktober 2014 gab es noch 326 Lehrverträge.

Am 1. Oktober 2018 gab es insgesamt 501 Ausbildungsverträge in 327 Ausbildungsbetrieben.

Beunruhigend ist auch eine andere Zahl. In den Jahren 2016 und 2017 konnten 115 bzw. 107 Lehrstellen nicht besetzt werden. In diesem Jahr ist die Zahl der nicht-besetzten Lehrstellen auf 131 angestiegen. Im Jahre 2015 gab es lediglich 39 Lehrstellen, für die keine geeigneten Anwärter gefunden wurden.

Diese Entwicklung lässt sich teilweise durch die demographische Entwicklung erklären, denn im Zeitraum von 2013 bis 2018 sank in unserer Gemeinschaft die Zahl der 15- bis 19jährigen von 4.999 auf 4.463. Doch zeigt der Jugendbericht auch deutlich auf, dass es ein Image Problem der dualen Ausbildung gibt. Das Bild des Handwerks wird nach wie vor vielfach von Klischees und falschen Vorstellungen geprägt. Es ist immer noch so, dass eine Berufsausbildung als nicht gleichwertige Alternative zum Abitur wahrgenommen wird.

Ein wichtiger Grund für dieses „Reputationsproblem der Berufsausbildung in Ostbelgien“ (S. 83) ist die „Existenz einer Informationsasymmetrie“ (S.61) in den Schulen, d.h. die Schulen bieten den Schülern mehr Informationen über Hochschulbildung als über Berufsausbildung an. Die Autoren stellen fest, „dass das Reputationsproblem der Berufsausbildung mit dem eher begrenzten Wissen darüber verbunden ist.“

Die eben von mir genannte WSR-Studie, die auf einer im Mai 2017 gestarteten online-Befragung aller in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemeldeten Jugendlichen und junger Erwachsener der Jahrgänge 1989 und 1999 aufbaut, kommt zu denselben Ergebnissen. 66 % der aus dem Jahrgang 1989 Befragten sind der Meinung, dass sie nicht ausreichend oder gar nicht über Unternehmen, Arbeitgeber und Karrieremöglichkeiten informiert wurden.

Die vom Institut für Beschäftigung und Employability der Hochschule Ludwigshafen am 7. Dezember 2018 vorgestellte Untersuchung zum Fachkräftebedarf in Ostbelgien kommt auch zu einer ähnlichen Schlussfolgerung.

Neben vielen anderen Ursachen für den Fachkräftemangel in Ostbelgien wird auch der „negativ behaftete Stellenwert der Lehre in der heutigen Gesellschaft“ identifiziert (S.10). Es wird prognostiziert, dass sich die Lage in wenigen Jahren weiter zuspitzen wird, „wenn die etablierten Kräfte in den Ruhestand gehen.“ (S.16)

Der Bericht belässt es aber nicht bei dieser Diagnose, sondern zeigt auch Wege auf, um mehr Jugendliche für das Handwerk und die duale Ausbildung zu gewinnen. Hier seien nur einige der aufgezeigten Pisten genannt: Jugendlichen mit Migrationshintergrund muss noch mehr Unterstützung geboten werden, um erfolgreich eine Lehre zu absolvieren; Unternehmen benötigen noch größere Plattformen in den Schulen, um den Betrieb und die Ausbildungsberufe positiv zu präsentieren und zu zeigen, dass auch eine Karriere mit sehr guten Verdienstmöglichkeiten im Handwerk zu erreichen ist; die Möglichkeit von Schüler-Praktika in den Betrieben, auch außerhalb der Ferienzeiten, muss gefördert werden, um verankerten Rollenbildern entgegenzuwirken.

Zur Verbesserung der Berufswahlvorbereitung und der Berufsorientierung wurde im vergangenen Jahr ein vielversprechendes Pilotprojekt am Königlichen Athenäum in Eupen gestartet. Dieses Projekt, das u.a. vom IAWM, vom ZAWM, dem Arbeitsamt, Kaleido Ostbelgien und dem Fachbereich Beschäftigung im Ministerium begleitet wird, beinhaltet eine aufeinander aufbauende

strukturelle Verankerung der Berufsorientierung von der Grundschule bis zur Sekundarschule.

Potenziert wird die Problematik der fehlenden Kandidaten für eine duale Ausbildung noch durch die Feststellung, dass es nur ein geringes Interesse für die sogenannten MINT-Fächer gibt, das heißt für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

Nur einer von zehn Jugendlichen glaubt, dass er später in einem MINT-Beruf arbeiten wird. Die Autorinnen des Jugendberichts bilanzieren: „Das mangelnde Interesse an MINT-Berufen wurde in vielen westlichen Ländern als Problem angesehen, scheint aber in Ostbelgien noch geringer zu sein als in Flandern.“ (S. 67)

Obwohl in den vergangenen Jahren schon zahlreiche Initiativen in diesem Bereich gestartet wurden, empfiehlt die Fachkräfte-Studie, dass besonders Kindergärtner und Primarschullehrer entsprechend geschult werden, „um gerade Mädchen bereits sehr früh naturwissenschaftliche und technische Kompetenzen zu vermitteln und für entsprechende Themenfelder zu begeistern.“ (S. 35)

Auch der Jugendbericht spricht in diesem Bereich eine Handlungsempfehlung aus. „Wenn der Arbeitsmarkt in Ostbelgien mehr MINT-Fachkräfte benötigt [...], wird es notwendig sein, die MINT-Ausbildung und die MINT-Berufe durch Berufsberatung attraktiver zu gestalten.“ (S.113)

Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass bereits zahlreiche Initiativen bestehen, die das Ziel verfolgen, Jugendliche für die Welt der Wissenschaften und für eine Studien- und Berufswahl in diesem Bereich zu begeistern. Beispielhaft seien nur die vom Studienkreis Schule und Wirtschaft in Zusammenarbeit mit hiesigen Unternehmen organisierten Informationstage genannt. Hier darf ich durchaus Werbung machen für den „Sonntag der Chemie“, der am 19. Mai 2019 vom Studienkreis in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen NMC organisiert wird.

Im Jugendbericht wird auch das politische Interesse der Jugendlichen thematisiert.

Die WSR-Studie stellt fest, dass 21% der 1989 Geborenen überhaupt kein Interesse und 53 % kein großes Interesse an Politik hatten. Aus dieser Studie geht aber auch hervor, dass junge Erwachsene, die 1999 geboren wurden, heute etwas mehr an Politik interessiert sind als 1989 Geborene. Auch zeigt die FORSA-Studie 2018, dass heute 10% mehr junge Erwachsene an Politik interessiert sind als junge Erwachsenen gleichen Alters im Jahr 2014. 2014 waren es 22% und 2018 34%.

Der Jugendstrategieplan 2016 – 2020 widmet der politischen Bildung mit den Schwerpunktthemen „Vielfalt fördern“ und „Politische Bildung“ einen breiten Raum. Damit Jugendliche sich nicht von der Gesellschaft und deren Institutionen entfremden, muss Jugendlichen der Raum geboten werden, sich verstärkt kritisch mit gesellschaftlichen Themen auseinanderzusetzen.

Obwohl heute bereits vielfältige Möglichkeiten des politischen Engagements für Jugendliche – wie beispielsweise im Rat der deutschsprachigen Jugend – bestehen, empfiehlt der Jugendbericht, dass die Sichtbarkeit von Jugendthemen sowie der regelmäßige Dialog zwischen der Politik und den Jugendlichen in Ostbelgien gestärkt werden kann.

Wer Jugendliche für politisches Engagement gewinnen will, muss auf die Jugendlichen zugehen und mit ihnen reden.

Auch das Parlament hat sich in den letzten Jahren verstärkt in diesem Bereich engagiert. Die Tatsache, dass die vom Parlament angebotenen Animationen für Grund- und Sekundarschulen immer mehr genutzt werden, ist ein beredtes Beispiel dafür, dass das Parlament zunehmend zu einem Haus der Demokratie wird, das allen Bürgern offensteht.

Im vergangenen Jahr hatten wir anlässlich der vom RdJ im November 2016 veröffentlichten Broschüre „Fit fürs Leben?! Standpunkt zur Einführung von Bürgerkunde in schulischer und beruflicher Bildung“ wiederholt Gelegenheit darüber zu diskutieren, wie die politische Bildung am besten im Unterricht zu verankern sei.

An dieser Stelle darf ich darauf verweisen, dass in der kommenden Sitzung von Ausschuss III ein vom Zentrum für politische Bildung initiiertes Pilotprojekt vorgestellt wird. Gleichzeitig wird von diesem Zentrum ein Leitfaden ausgearbeitet, der ein wesentliches Instrument für die Implementierung der politischen Bildung in den Schulen und in den Ausbildungszentren sein wird.

Vielsagend sind im Jugendbericht auch die Analysen zur regionalen Identität und zur Heimat-Verbundenheit

Im Jahre 2017 gab es in Ostbelgien etwa 257 registrierte Sportvereine mit mehr als 25. 000 Mitgliedern, von denen etwa 40% 18 Jahre oder jünger waren.

Der Bericht hebt die Bedeutung der Sportvereine und der Kulturvereinigungen als Katalysatoren für die Herausbildung einer regionalen Identität deutlich hervor. Erlauben Sie mir, werte Kolleginnen und Kollegen, den Jugendbericht ein weiteres Mal zu zitieren: „Das Engagement in Clubs oder Vereinen bindet junge Menschen an ihr Zuhause und an Ostbelgien. Die außerhalb von Ostbelgien studieren, erwähnen, dass ihre Mitgliedschaft in Clubs oder Vereinen eine der wichtigsten Motivationen ist, regelmäßig nach Hause zurückzukehren. Daher kann die Mitgliedschaft in Clubs und Vereinen zur Entwicklung und Ausbildung von lokalen/regionalen Identitäten beitragen“ (S. 94-95)

Interessant ist auch die Feststellung, dass in diesem Bereich große Unterschiede zwischen den Jugendlichen im Süden und im Norden unserer Gemeinschaft bestehen. In den fünf südlichen Gemeinden ist die Heimat-Verbundenheit, die lokale Verwurzelung und die Herausbildung einer ostbelgischen Identität stärker ausgeprägt als im Norden unserer Gemeinschaft.

Werte Kolleginnen und Kollegen, Standortmarketing ist ein umfassendes Unterfangen, an dem sich viele Akteure beteiligen müssen. Die Attraktivität eines Standortes wird nur dann gewährleistet, wenn viele Bedingungen erfüllt sind.

Auch in der am 7. Dezember vorgestellten Studie zur Fachkräftesituation in Ostbelgien wird deutlich herausgestellt, dass die Standortattraktivität ein wesentliches Element ist, um Menschen an eine Region zu binden.

Und auch eine dynamische und aktive Jugendpolitik ist ein wichtiger Anreiz für Familien, in Ostbelgien zu bleiben oder Ostbelgien als Wahlheimat anzunehmen.

Auch wenn noch wichtige Daten für ein vollständiges Monitoringsystem fehlen, so bietet der erste Jugendbericht dennoch eine Fülle an Informationen, um die Lebenswelt, richtiger muss ich sagen die Lebenswelten der Jugendlichen von Kelmis bis Ouren, zu erfassen.

Ich danke ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Freddy Cremer, ProDG